

ISRAEL

„Iranische Logik“



MICHAEL LIONSTAR

Der US-Historiker Sasha Polakow-Suransky, 31, über die Nuklear-Zusammenarbeit zwischen Israel und dem südafrikanischen Apartheid-Regime

SPIEGEL: Sie behaupten in Ihrem Buch „The Unspoken Alliance“, Israel und Südafrika hätten in den siebziger Jahren sehr konkret über ein Atomwaffengeschäft gesprochen.

Polakow-Suransky: Ich habe in Südafrika Protokolle von Gesprächen zwischen hohen israelischen und südafrikanischen Militärs aus dem März 1975 gefunden: Die Südafrikaner gingen eindeutig davon aus, dass Israel ihnen „Jericho“-Raketen mit Atomsprengköpfen anbot. Der heutige Präsident Schimon Peres war der Chefunterhändler.

SPIEGEL: Warum wollte das Apartheid-Regime nuklear aufrüsten?

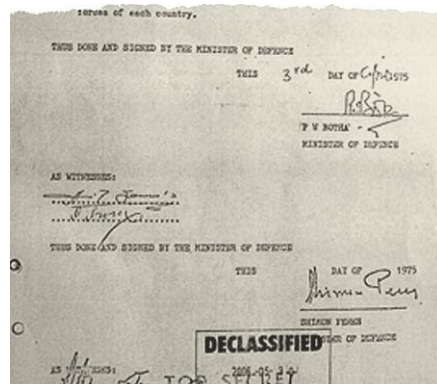
Polakow-Suransky: Es ging darum, strategisches Gewicht zu gewinnen. Pretoria wollte von den Amerikanern und den Briten ernst genommen werden und feindlich gesinnte Nachbarländer abschrecken. Es war die gleiche Logik, die heute wohl auch Iran antreibt.

SPIEGEL: Wieso erwog der Staat der Juden, Nuklearwaffen an ein rassistisches Regime zu verkaufen?

Polakow-Suransky: Israel brauchte Geld, und Waffen waren eines der wenigen erfolgreichen Exportprodukte. Es mag auch eine Rolle gespielt haben, dass Südafrika an Israel insgesamt 500 Kilogramm Uran geliefert hatte.

SPIEGEL: Warum scheiterte das Geschäft?

Polakow-Suransky: Die Kosten waren extrem hoch. Und Südafrika glaubte, diese Waffe selbst entwickeln zu können. Es gelang ja auch: Südafrika hatte 1989 sechs oder sieben Atomsprengköpfe.



Auszug aus den entdeckten Protokollen



Zelle im Gefängnis Bagram

MASSOUD HOSSAINI / AFP

AFGHANISTAN

„Feindliche Kämpfer“ vor Gericht

Erstmals soll diese Woche ein afghanisches Gericht einen von US-Streitkräften internierten Afghanen anhören und bald auch nach Landesrecht verurteilen. Die Verhandlung wird in einem von den Amerikanern für 60 Millionen Dollar errichteten Komplex stattfinden, der sich auf der US-Militärbasis Bagram befindet. Die Einrichtung verfügt jedoch auch über einen zivilen Zugang. Die neue „Detention Facility in Parwan“ besteht aus einer Haftanstalt und einem Zentrum für Staatsanwälte, Rechtsberater und für die Polizei. Seit Dezember wurden 800 Inhaftierte des berühmten Bagram-Gefängnisses in die neue Haftanstalt überführt – die dunklen Seiten Bagrams, auch „Obamas Guantanamo“ genannt, sollen in Vergessenheit geraten. Bis zuletzt berichteten Inhaftierte dort von Misshandlungen, auch nach Obamas Amtsantritt. 2002 waren zwei Gefangene durch Folter gestorben. Das angekündigte Gerichtsverfahren soll eine neue Phase einläuten: Künftig können Prozesse gegen „feindliche Kämpfer“, die vom US-Militär gefangen genommen wurden, vor der afghanischen Gerichtsbarkeit stattfinden. Bisher unterlagen die Inhaftierten ausschließlich amerikanischem Recht, ihnen wurde lediglich als „militärischer Berater“ ein Offizier zur Seite gestellt, der die Inhaftierten bei offiziellen Stellen vertreten sollte. Einen Anspruch auf anwaltliche Vertretung hatten die Gefangenen nicht – ähnlich wie in Guantanamo. „Es ist meist völlig unklar, warum sie überhaupt inhaftiert und festgehalten werden“, kritisiert der bekannte Menschenrechtler Nader Nadery. „Die erste Verhandlung wird maßgeblich sein“, sagte der Chef des neuen Gefängnisses, Brigadegeneral Mark Martins, zum SPIEGEL. Ob während des Prozesses Beobachter zugelassen sind, ist noch offen. Neben der neuen Haftanstalt gebe es an geheim gehaltenen Orten weitere US-Gefängnisse im Land, so Martins. Vergangene Woche starb in dem nunmehr über acht Jahre währenden Krieg der tausendste amerikanische Soldat.